

Spahn, H.-Peter

Article — Digitized Version
Ende des Wachstums?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Spahn, H.-Peter (1982) : Ende des Wachstums?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 1, pp. 22-27

This Version is available at:
<https://hdl.handle.net/10419/135638>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Ende des Wachstums?

H.-Peter Spahn, Berlin

Mit der anhaltenden Arbeitslosigkeit ist der Begriff der Stagnation aus dem dogmengeschichtlichen Archiv wieder in die Diskussion eingebracht worden. Von der Verlagerung der Betrachtungsweise – von der konjunktur- hin zur mehr wachstumstheoretischen Perspektive – mag man sich Erklärungs- und Therapiemöglichkeiten für das Beschäftigungsproblem versprechen. Dr. Spahn warnt jedoch vor allzu großen Hoffnungen.

Das stagnationstheoretische Konzept weist begriffliche Unschärfen auf, die sich in Identifikationsproblemen bei der Analyse realer Entwicklungen niederschlagen. So verstanden die Klassiker unter dem Begriff der Stagnation ein durch den Fall der Profitrate bedingtes Ende der Akkumulation. Heute spricht man bereits von Stagnation, wenn ein verringertes Wachstum zu einer überzyklischen Arbeitslosigkeit führt. Die Wahl der Arbeitsmarktlage als Referenzgröße, die ein bloßes Nachlassen des Wachstums (bei Vollbeschäftigung) von der Stagnation trennt, ist jedoch nicht unproblematisch: Wie klassische Modelle und Vergangenheit zeigen, ist selbst eine stürmische Akkumulation mit säkularer Unterbeschäftigung vereinbar – eine Situation, die sich nicht sinnvoll als Stagnation bezeichnen läßt. Auch wird heute zuweilen bestritten, daß seit 1974, dem Beginn der massiven Arbeitslosigkeit, überhaupt Konjunkturzyklen stattgefunden haben, die die Diagnose einer *überzyklischen* Unterbeschäftigung erlaubten; dann läge eher eine konjunkturelle Dauerkrise als eine Stagnation vor.

Hinsichtlich der Arbeitsmarktlage kann schließlich auch auf strukturelle Faktoren verwiesen werden, die unabhängig von einer etwaigen Wachstumsschwäche zu Anpassungsproblemen führen, die die Verarbeitungskapazität des Arbeitsmarktes überfordern: Die Gründe hierfür können einmal in Strukturproblemen des Arbeitsmarktes selbst liegen, die einen mangelnden Ausgleich zwischen den voneinander relativ abgeschotteten Teilarbeitsmärkten bewirken (Segmentationsthese), oder in einer unzureichenden Reagibilität der Beschäftigungsmenge auf – durchaus vorhandene – Gütermarkimpulse (Entkoppelungsthese).

Die Tragfähigkeit solcher und ähnlicher Argumente soll hier nicht weiter diskutiert werden. Folgt man trotz

Dr. H.-Peter Spahn, 31, ist Assistent am Institut für Wirtschaftspolitik, Fachrichtung Theorie der Wirtschaftspolitik, an der Freien Universität Berlin.

aller Vorbehalte dem stagnationstheoretischen Ansatz, bleibt die Tatsache eines sich abschwächenden Wirtschaftswachstums, das bei anhaltenden, wenn auch verringerten Produktivitätssteigerungen Freisetzungprozesse auf dem Arbeitsmarkt auslöst. Wenn die Strategien einer Arbeitszeitverkürzung oder Produktivitätsminderung außer Betracht bleiben (die letztere wegen ihrer nachteiligen Wirkung auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit), ist das Beschäftigungsproblem in erster Linie durch verstärkte Wachstumsanstrengungen zu lösen, womit sich die Frage nach den Ursachen eines verringerten Wachstums stellt.

Ebenso kann die Arbeitslosigkeit als Resultat einer noch nicht vollzogenen Anpassung des Gütermarktes an neue welt- oder energiewirtschaftliche Bedingungen begriffen werden. Für den Mangel an Flexibilität und Bereitschaft, notwendige Strukturwandlungen zu vollziehen, kann dabei grundsätzlich die „Saturiertheit reifer Volkswirtschaften“ verantwortlich gemacht werden: Ein wohlfahrtsstaatliches Sicherheitsdenken und Anspruchsverhalten mindert die Bereitschaft zur Anpassung an neue Marktdaten und bürdet dem Staat die Last auf, die Folgen eines solchen „Fehlverhaltens“, die sich auf dem Arbeitsmarkt zeigen, abzufangen¹.

Knappheit natürlicher Ressourcen

Aus stagnationstheoretischer Perspektive drängt sich als erstes die klassische Hypothese der Existenz eines „knappen Faktors“ auf: Ein für den volkswirtschaftlichen Produktionsprozeß notwendiger und unverzichtbarer Inputfaktor beschränkt aufgrund seiner mangelnden Reproduzierbarkeit und Substituierbarkeit das Produktionswachstum. Das klassische Beispiel einer solchen Argumentation liefert die Knappheit des Bodens in der Theorie von Ricardo: Sie bewirkt, daß die Reproduktion der Lohngüter (Korn) nur zu steigenden Kosten möglich ist. Die Folge ist ein Gewinneinbruch (profit-squeeze). im Stagnationsgleichgewicht verteilt sich das Volkseinkommen auf Subsistenzlohn und Bo-

denrente. Mit den Profiten ist auch die Möglichkeit weiterer Akkumulation geschwunden².

Über die Bedeutung knapper natürlicher Ressourcen ist in den letzten Jahren wieder verstärkt diskutiert worden. Doch zeigen sich die Ökonomen von den teilweise apokalyptischen Szenarien zumeist wenig beeindruckt. Natürliche Knappheit läßt sich für die Belange der Ökonomie nicht sinnvoll in einer Erforschung „vorhandener Mengen“ erfassen. Eine allokationstheoretische Analyse zeigt vielmehr, daß die Menge abbaufähiger Vorräte wie auch der Grad ihrer Ersetzbarkeit eine Funktion des Preissystems sind. Gerade die vom Preismechanismus induzierten Substitutionsprozesse führen zu einem Bedarf an Investitionsgütern, deren Produktion sich positiv auf Wachstum und Beschäftigung auswirkt³.

So überzeugend die These einer Wachstumsbeschränkung infolge eines Mangels an Inputfaktoren auf den ersten Blick auch sein mag – die bisherigen wirtschaftsgeschichtlichen Erfahrungen lassen den Glauben, daß es stets genügend Substitute knapper natürlicher Faktoren gebe, und das Vertrauen auf die „faktorvermehrnde“ Wirkung des technischen Fortschritts als hinreichend gesichert erscheinen⁴. Im Gegensatz zur Meinung mancher Skeptiker leistet ein funktionierender Marktmechanismus, der ein ungehindertes Steigen der Preise knapper Ressourcen gewährleistet, die Anpassung an die Faktorknappheit gerade eher in langfristiger als in kurzfristiger Perspektive; die Veränderung des Nachfrageverhaltens als Reaktion auf die Energieverteuerung (z. B. Hinwendung zum Kauf benzinsparender Automobile) benötigt Zeit. Die Politik muß also keineswegs tendenziell immer mehr an die Stelle des „kurzsichtigen“ Marktes treten, um eine gesamtgesellschaftliche Rationalität zu wahren, sondern vielmehr den Umstellungsprozessen durch die Beseitigung von Rigiditäten und institutionellen Verfestigungen den Weg ebnen⁵.

Die Sättigungsthese

Im Unterschied zu einer konjunkturellen Rezessionsphase muß eine stagnative Wirtschaftsentwicklung keineswegs durch eine geringe Kapazitätsauslastung gekennzeichnet sein. In gesamtwirtschaftlicher Perspektive wird die „Kapazität“, d. h. die Produktionsmöglichkeit, durch das Produktionspotential wiedergegeben,

das mit Hilfe des Kapitalstocks und der Kapitalproduktivität geschätzt wird. Aus der Gegenüberstellung dieser „Angebotsmöglichkeit“ einerseits und der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (in diesem Fall das Bruttoinlandsprodukt) andererseits ergibt sich für die Bundesrepublik, daß das in den letzten Jahren deutlich abgeschwächte Potentialwachstum mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung auf das verringerte Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage reagierte⁶. Diese Beziehung ist auf die Investitionstätigkeit in ihrer Doppelrolle als Nachfragekomponente und Veränderungsgröße des Bruttoanlagevermögens zurückzuführen. Eine Stagnation ist nicht durch eine immer stärkere Auseinanderentwicklung von Potential und Nachfrage gekennzeichnet, sondern durch eine Anpassung des Kapazitätswachstums an das verringerte Nachfragewachstum, was durchaus eine Normalauslastung des Produktionspotentials zur Folge haben kann. Dies gilt entsprechend auch in einzelwirtschaftlicher Sicht: Eine vergleichsweise gute Kapazitätsauslastung der Unternehmen kann keineswegs als Beleg dafür herangezogen werden, daß Nachfrageprobleme nicht als Ursache einer insgesamt ungenügenden Investitionstätigkeit in Frage kämen und deshalb eher die Angebotsbedingungen zu verbessern seien, konkret: eine Kostenentlastung der Unternehmen angezeigt wäre.

Die berechtigte Kritik an einer einseitig angebotsorientierten Strategie der Wirtschaftspolitik läuft allerdings Gefahr, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Die Vorstellung, die Investitionen würden „letztendlich“ konsumorientiert vorgenommen⁷, sie „dienen“ (wie die Wirtschaft überhaupt) der Befriedigung der Konsumwünsche, erscheint – nicht zuletzt dem interessierten Laien – zunächst außerordentlich plausibel; daraus läßt sich dann leicht eine auf den ersten Blick schlüssige Stagnationshypothese ableiten, wenn Sättigungstendenzen beim Konsum ausgemacht werden können, die konsequenterweise einer marktendogen bewirkten Investitionstätigkeit Grenzen setzen⁸. Wirtschaftspoli-

³ Allerdings handelt es sich hierbei um Investitionen, die – wie im Fall der angestrebten Öleinsparung – auf eine Steigerung der Energie- und nicht der Arbeitsproduktivität gerichtet sind. Die knappe Ressource Energie wird durch Kapital substituiert. Die damit verbundene mittelfristige Erhöhung des Kapitalkoeffizienten wird deshalb für einige Zeit den Verteilungsspielraum einengen.

⁴ Vgl. R. M. S o l o w : Die Ökonomie der Ressourcen oder die Ressourcen der Ökonomie, in: H. S i e b e r t (Hrsg.): Umwelt und wirtschaftliche Entwicklung, Darmstadt 1979, S. 311 ff.

⁵ Vgl. G. C. von W e i z s ä c k e r : Leitet der Markt die optimale intertemporale Allokation der Ressourcen?, in: H. S i e b e r t (Hrsg.): Erschöpfbare Ressourcen, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 108, Berlin 1980, S. 795 ff.

⁶ Vgl. Gutachten 1980 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bundestagsdrucksache 9/17, Schaubild 12, S. 57.

⁷ So K. G. Z i n n : Der Niedergang des Profits, Köln 1978, S. 62.

¹ Vgl. C. P. K i n d l e b e r g e r : The Aging Economy, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Vol. 114 (1978), S. 407 ff.; T. S c i t o v s k y : Can Capitalism Survive? An Old Question in a New Setting, in: American Economic Review, Papers and Proceedings, Vol. 70 (1980), H. 2, S. 1 ff.

² Ricardos Befürchtungen finden sich später im Jahre 1865 bei Jevons wieder, nun am Gegenstand der „Coal Question“. Zu einer modernen Variante dieses Themas, die auf den staatlichen Sektor abstellt, siehe W. V o g t : Zur langfristigen ökonomischen Entwicklung eines kapitalistischen Systems, in: Leviathan, 1973, H. 1, S. 161 ff.

tisch folgt aus dieser Abhängigkeit der Investition vom Konsum eine (eventuell über eine Einkommensumverteilung erreichbare) Förderung der Verbrauchsausgaben.

Doch ist eine solche Sichtweise vielleicht eher für planwirtschaftliche Systeme angemessen: Die Maximierung eines angestrebten Konsumpfades über die Zeit macht eine bestimmte Wachstumsrate der Investitionen erforderlich. In Marktwirtschaften ist jedoch eine Ableitung der Investition aus dem Konsum verfehlt. Die bloße Ersetzung der gebrauchswertorientierten durch eine marktorientierte Betrachtungsweise kann dabei zwar immer noch suggerieren, daß die monetäre Endnachfrage nach Konsumgütern den Konsumgüterproduzenten und deren Nachfrage den Investitionsgüterproduzenten die „incentives“ setzt. Eine solche Vorstellung vermag jedoch den spezifischen Zusammenhang von Produktion, Einkommen und Nachfrage im Kapitalismus nicht zu erfassen, weil sie die Vorgabe eines Einkommens der Konsumenten impliziert und damit – fern jeder Realität – die Haushalte zum Steuerungszentrum der Volkswirtschaft stilisiert⁹.

Steuerung durch Investoren

In einkommenstheoretischer Sicht kann deshalb der Beitrag von Keynes gar nicht hoch genug bewertet werden, weil er zeigt, daß das Einkommen als Basis der Konsumnachfrage erst mit der Investition oder – wie Clowers Analyse verdeutlicht hat¹⁰ – mit der Produktion entsteht. Die geläufige Unterscheidung zwischen „induzierten“ (d. h. von der Nachfrage und der Kapazitätsauslastung abhängigen) und „autonomen“ Investitionen (die Erfordernisse des Wettbewerbs und des technischen Fortschritts widerspiegeln) ist allenfalls für eine *verhaltenstheoretische* Beschreibung von Investitionsmotiven nützlich. Sie verwischt jedoch die Tatsache, daß Produktions- und Investitionsentscheidungen grundsätzlich immer autonom gefällt werden, da sie nicht vom laufenden Einkommen (vom Konsum oder – schlimmer noch in neoklassischer Sicht – von der Er-

sparnis) abhängen, sondern vom erwarteten Einkommen bzw. Ertrag. In *wahltheoretischer* Perspektive ist die Investitionsentscheidung eine Alternative zum Kauf von anderen, monetären Vermögenswerten oder zum Halten von Geld. Letzteres zeigt eine Tendenz zur Vermögenssicherung an, die dann rational ist, wenn die Unsicherheit über den Kapitalrückfluß das Wahlkalkül dominiert. Umgekehrt ziehen die Käufe von Investitionsgütern über ihre positive Wirkung auf Einkommen und Profite eine Bestätigung optimistischer Ertragserwartungen nach sich. Die Investoren steuern die Ökonomie: Ihre Handlungen (oder Nicht-Handlungen) schaffen die Welt, die sie erwarten¹¹.

Traditionalistischer Keynes

Nun findet man auch bei Keynes Hinweise auf Stagnationstendenzen, die sich auf die postulierte Abnahme des „Hangs zum Verbrauch“ stützen¹². Die kurzfristige Keynessche Konsumfunktion vermittelt allerdings mit ihrer Implikation einer – bei wachsendem Einkommen – zur Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung nötigen permanenten Erhöhung der Investitionsquote ein zu pessimistisches Bild, das von der realen Entwicklung so auch nicht bestätigt wurde. Dies deutet darauf hin, daß Keynes in evolutionstheoretischer Sicht Traditionalist geblieben ist: Wachstum wird als Überwindung von Knappheit interpretiert; es kommt folglich dann zum Erliegen, wenn eine gestiegene Güterfülle zu einer (nahezu) vollkommenen Befriedigung des Bedarfs geführt hat und sich deshalb kaum noch rentable Investitionschancen bieten.

In gewisser Hinsicht ist Keynes damit ein Opfer seiner eigenen „Makro-Welt“ einer – hinsichtlich des Konsumsektors – „Ein-Gut-Ökonomie“ geworden¹³. Wie Schumpeter in eindrucksvollen Worten beschrieben hat, ist aber eine vermehrte Produktion „alter“ Güter zur Befriedigung *gegebener* Bedürfnisse gerade nicht das Spezifikum des Kapitalismus¹⁴. Eine solche Volkswirtschaft wiese eine Eintönigkeit auf, wie sie paradoxerweise gerade für die Wirtschaftssysteme typisch ist, die eine stetig sich verbessernde Versorgung mit „Gebrauchswerten“ anstreben, ohne dies zum Anhängsel

⁸ Der Beleg dafür, nämlich die in den letzten drei Jahrzehnten gestiegene Sparquote, kann allerdings kaum überzeugen: Zum einen ist diese Entwicklung Ausdruck einer Veränderung des privaten Konsumverhaltens, das mit seiner Hinwendung zum Kauf von höherwertigen und langlebigen Konsumgütern höhere Ansparleistungen nötig macht; zum anderen ist als Kompensation ein gesteigener Staatsverbrauch in Rechnung zu stellen, was eine trendmäßige Verschiebung vom privaten zum öffentlichen Konsum widerspiegelt.

⁹ Dies ist freilich von jeher der Grundgedanke der neoklassischen Theorie gewesen. Insbesondere die „Österreichische Schule“ der Nationalökonomie (Carl Menger) faßte die Investitionsgüter als „Güter höherer Ordnung“ auf, die von den (Konsum-)Gütern „niedrigerer Ordnung“ abgeleitet wurden.

¹⁰ Vgl. R. W. Clower: Die keynesianische Gegenrevolution: eine theoretische Kritik, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Bd. 99 (1963), S. 8 ff.

¹¹ Vgl. H. Riese: Geldnachfragefunktion und Neutralität des Geldes, in: U. Laski u. a. (Hrsg.): Beiträge zur Diskussion und Kritik der neoklassischen Ökonomie, Berlin/Heidelberg 1979, S. 77 ff.; J. A. Kreger: Markets and Institutions as Features of a Capitalistic Production System, in: Journal of Postkeynesian Economics, Vol. 3, S. 32 ff.

¹² Vgl. J. M. Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Berlin 1936, S. 26 f., 89 f., 182 ff.

¹³ Zum Aggregationsverfahren bei Keynes siehe A. Leijonhufvud: Über Keynes und den Keynesianismus, Köln 1973 (Oxford 1966), S. 112 ff.

¹⁴ Vgl. J. A. Schumpeter: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 4. Aufl., Berlin 1934, S. 88 ff.

einer „tauschwertorientierten Profitproduktion“ zu machen. Es ist aber eben jene wettbewerbsmäßige Organisation des Profitmotivs, die einen ständigen Strom von Produkt- und Verfahreninnovationen mit sich bringt. Der Konkurrenzdruck erlaubt es den Produzenten nicht, sich auf eine Befriedigung vorhandener Konsumwünsche zu beschränken, weil stets die Gefahr besteht, daß die Nachfrager zu Anbietern neuer und qualitativ anderer Produkte abwandern¹⁵. Die Beeinflussung und *Schaffung* von Präferenzen durch das Angebot der Unternehmen ist die Triebkraft der Evolution im Kapitalismus.

Wettbewerbstheoretische Ergänzung

Damit bietet sich eine unkonventionelle „Mikrofundierung“ der Keyneschen Theorie des Einkommens mit Hilfe der Schumpeterschen Theorie des Wettbewerbs an: Das Gemeinsame beider Ansätze ist die autonome Stellung des Unternehmers; während jedoch der Keynesche Investor durch seine Ausgaben das Einkommen schafft und dadurch den Konsum ermöglicht, stabilisiert der Schumpetersche Produzent durch seine Kreation von Bedürfnissen die Konsumneigung. Entgegen der neoklassischen Vorstellung einer Konsumentensouveränität ist vielmehr die Produzentensouveränität das Spezifikum der kapitalistischen „Unternehmerwirtschaft“¹⁶. Eine „verkehrte“ – aber höchst erfolgreiche Logik des Wirtschaftens.

Durch eine Separierung von Wettbewerb und Wachstum bleibt der Zugang zum Phänomen der Evolution verstellt. Für eine traditionelle Sicht ist die Herausbildung einer zunehmenden Komplexität einer sich *ändernden* Wirtschaft allenfalls Gegenstand der alloktionstheoretischen Analyse, die man abschließt, bevor man sich den Fragen einer *wachsenden* Wirtschaft zu-

¹⁵ Deshalb ist eine hohe Produktions- und Investitionsaktivität der Unternehmen auch nicht an eine *vorhergehende* ausreichende Kapazitätsauslastung gebunden. Im strukturellen Wandel findet die Erschließung *neuer* Märkte statt, gerade weil die Kapazitätsauslastung bei der Produktion *alter* Güter sinkt. Für neue Produkte gibt es anfangs weder eine Kapazität noch eine Kapazitätsauslastung.

¹⁶ Vgl. E. Streissler: Kritik des neoklassischen Gleichgewichtsansatzes als Rechtfertigung marktwirtschaftlicher Ordnungen, in: E. Streissler, C. Watrin (Hrsg.): Zur Theorie marktwirtschaftlicher Ordnungen, Tübingen 1980, S. 38 ff.

¹⁷ H. Riese: Schritte zu einer ökonomischen Theorie der Evolution, in: B. Gahlen, A. E. Ott (Hrsg.): Probleme der Wachstumstheorie, Tübingen 1972, S. 403.

¹⁸ Ebenda, S. 399.

¹⁹ Die Knappheit natürlicher Ressourcen kann deshalb auch – konträr zur vorherrschenden Meinung – als Wachstumsstimulans begriffen werden, weil sie die Unternehmen zu einer Suche nach Alternativen zwingt, die positive Einkommenseffekte mit sich bringt. In wirtschaftshistorischer Sicht hat gerade die *Erschöpfung* traditioneller Energieträger (Holz) zur Industrialisierung der westeuropäischen Länder beigetragen, die einen Anstoß zur Kohle- und Stahlproduktion darstellte.

²⁰ Zitiert bei M. Olson: Introduction, in: M. Olson, H. H. Landsberg (Hrsg.): The No-Growth Society, London 1975, S. 3.

wendet. Der Preis einer solchen „methodischen Sauerkeit“ war der Verlust an Erklärungsgehalt tradierter Wachstumstheorien. „Es zeigt sich, daß das Aggregieren der Produktion zum Potential die Quellen ökonomischer Dynamik wegdefiniert hat. Qualitative Änderungen werden in quantitative transformiert, so daß sich Evolution auf Wachstum reduziert.“¹⁷ Von da ist es nur noch ein kurzer Schritt bis zur Vorstellung, „daß materieller Reichtum einmal Ökonomie überflüssig machen werde“¹⁸.

Doch beseitigt das Wachstum nicht die Knappheit – es lebt in zweifacher Hinsicht von ihr: Zum einen ist der ständige Versuch, natürliche und produzierte Ressourcen durch ertragreichere Inputfaktoren zu substituieren, aufgrund des Wettbewerbs der Kapitalverwertung für die kapitalistische Volkswirtschaft konstitutiv. Ihr in der Wirtschaftsgeschichte beispielloses Wachstum wäre ohne die einkommensschaffende Wirkung der Produktion neuer Technologien nur schwer erklärbar¹⁹. Allerdings verläuft der Prozeß technologischer und industrieller Revolutionen nicht kontinuierlich, eine Erfahrung, die zur Hypothese „langer Wellen“ wirtschaftlichen Wachstums geführt hat. Während die Wachstumsimpulse auf der Inputseite der Produktion aus der *Verarbeitung der Knappheit* resultieren, sind sie auf der Outputseite, im Verhältnis zur Konsumtion, das Ergebnis einer Innovationstätigkeit, die sich umgekehrt als *Produktion von Knappheit* fassen läßt. Die Produktpolitik der Unternehmen dient nicht der Überwindung, sondern der Erzeugung von Knappheit im Sinne des Aufrechterhaltens einer Spannung zwischen dem fortlaufend sich ändernden Konsumangebot und dem Prozeß der *Entfaltung* von Bedürfnissen. Diese doppelte Beziehung einer positiven Rückkoppelung zwischen Knappheit und Innovation ist letztlich die Basis wirtschaftlichen Wachstums.

Gesellschaftliche Grenzen

Kenneth Boulding hat die Ansicht vertreten, „that anyone who believes exponential growth can go on forever in a finite world is either a madman or an economist“²⁰. Doch muß man auch als nicht verrückter Ökonom die Möglichkeit weiteren wirtschaftlichen Wachstums ins Auge fassen – was unter wohlfahrtstheoretischen Aspekten vielleicht eher bedauerlich als begrüßenswert sein mag. Die Rede von einem fortwährenden Wachstum suggeriert aber leicht die Vorstellung, als handele es sich dabei um einen Nettoverbrauch von Ressourcen, der mit einem permanenten Nettozuwachs an Produktion und „Reichtum“ verbunden ist. Bekanntlich ist das Bruttosozialprodukt als Wachstumsindikator aber eher ein Bruttokostenprodukt; es addiert die Ausgaben für oft einander entgegengerichtete

Zwecke, die sich in ihrem Nettoeffekt auf „Reichtum“ und „Wohlfahrt“ zum Teil wieder aufheben²¹.

Die Interessenlage von Staat, Industrie und Gewerkschaften begünstigt einen Verarbeitungsmechanismus gesellschaftlicher Probleme, der auf eine wachstums-, einkommens- und beschäftigungsintensive Symptombekämpfung gerichtet ist. Paradoxerweise führt dies zu einem Interesse am Problemstand, weil die Beteiligten von dem kontinuierlichen Prozeß der Beseitigung der sozialen Folgekosten des gesellschaftlichen Produktionsprozesses mehr profitieren als von der Beseitigung des Problems. Die Produktion und Bearbeitung von Umweltschäden ist hier nur ein Beispiel unter vielen. „Immer neue Umweltprobleme schaffen immer neue Einkommen.“²² Ein solches Wachstum – über dessen Sinnhaftigkeit sich sicher streiten läßt – kann vielleicht endlos weitergehen, wenn es nicht an *gesellschaftliche* Grenzen stößt, die sich in politischen Widerständen bemerkbar machen.

Ein nochmaliger Blick auf die „natürlichen Grenzen des Wachstums“ macht deutlich, worum es hier geht: Es drängt sich nämlich der Eindruck auf, als sei der in dieser Diskussion – zumindest unter Ökonomen – vorherrschende „Bewältigungsoptimismus“ ein Ergebnis der Konzentration auf das Inputproblem. Die Ressourcenknappheit wird letztlich als eine Knappheit von verwertbarer Energie gedeutet²³; diese erscheint aber deshalb als überwindbar, weil die Erde kein geschlossenes System ist, sondern Sonnenenergie von außen empfängt, die dann profitabel verwertet werden kann, wenn nur die Preise traditioneller Energieträger hoch genug steigen („back-stop-technology“). In bezug auf den Output des industriellen Produktionsprozesses, der eben nicht nur aus „goods“, sondern auch aus „bads“ in Form der Umweltverschmutzung besteht, ist die Vorstellung vom „Raumschiff Erde“ aber durchaus angemessen. Da *diese* Knappheit an natürlicher, reiner Umwelt aber eher die Bevölkerung als die Produzenten trifft, sind durch den Markt erzwungene Änderungen

²¹ H. Albert (Die Problematik der ökonomischen Perspektive, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 117 (1961), S. 456) kritisiert mit einem extremen Beispiel die Vorstellung, ein kooperatives Zusammenwirken produktiver Leistungen würde einen Güterhaufen, genannt Sozialprodukt, vergrößern: „Man stelle sich vor, daß ein Theoretiker auf die Idee kommt, die Leistungen zweier sich bekämpfender Armeen, die zum großen Teil auf wechselseitige Vernichtung angelegt sind, als Beiträge zu einem gemeinsamen Sozialprodukt aufzufassen und auf der Grundlage dafür gezahlter Entgelte zu addieren.“ Hieran wird auch deutlich, daß Wachstum auch in einer endlichen Welt durchaus aufrechterhalten werden kann, weil es kein eindimensionaler Prozeß ist, der dazu führen würde, daß das Universum eines Tages nur noch aus Produktion besteht. Vgl. H. Riese: Schritte zu einer ökonomischen Theorie . . . , S. 398.

²² M. Jänicke: Wie das Industriesystem von seinen Mißständen profitiert, Opladen 1979, S. 7.

²³ Vgl. E. Streisler: Die Knappheitstheorie – Begründete Vermutungen oder vermutete Fakten?, in: H. Siebert (Hrsg.): Erschöpfbare Ressourcen, a.a.O., S. 22.

des wirtschaftlichen Verhaltens weniger zu erwarten. Der Hinweis der Theoretiker, all dies liege daran, daß die Umwelt ein freies Gut sei und das Problem durch eine Zuteilung von Eigentumsrechten zu lösen sei, ist theoretisch ebenso richtig wie praktisch weltfremd. An dieser Front hat die Politik das sehr viel schwierigere Geschäft zu besorgen, über politische Interventionen das öffentliche Interesse an reiner Umwelt zu wahren, ohne dabei mit den Einkommens- und Beschäftigungsinteressen in Konflikt zu geraten, die durch die Restriktion bestimmter Produktionsprozesse berührt werden.

Knappheit des Raumes

Die Ausbreitung der Ökonomie stößt gewissermaßen an die „Knappheit des Raumes“. Unternehmen und staatliche Administrationen klagen über die Schwierigkeiten bei der Suche nach Ansiedlungsflächen für industrielle und infrastrukturelle Großprojekte. Die Auseinandersetzungen um die Standorte und den (Aus-)Bau von Kraftwerken, Flughäfen etc. zeigen, daß die Beanspruchung von Umwelt für ökonomische Zwecke nicht mehr widerstandslos hingenommen wird. Die Motive des Widerstands liegen dabei sowohl in der Ablehnung einer weiteren „Betonierung der Natur“ überhaupt wie auch in den Befürchtungen hinsichtlich der gesundheitlichen und ökologischen Folgen industrieller Projekte und Technologien. Der Streit um die Kernenergie macht deutlich, daß die Substitution knapper Ressourcen nicht nur ein ökonomisches oder gar technisches Problem ist, sondern mit der Frage der politischen Durchsetzbarkeit konfrontiert wird.

Ganz allgemein hat sich der oben skizzierte Schumpeter-Keynes-Prozeß eines Wachstums durch ständige Produkt- und Verfahrensinnovationen mit dem potentiellen Hindernis der *gesellschaftlichen Akzeptanz* auseinanderzusetzen. Dies gilt wiederum auch auf der Seite der Konsumtion: Die technologische Entwicklung hat hier z. B. mit der Telekommunikation oder mit dem Privatfunk und -fernsehen Möglichkeiten eröffnet, deren Anwendung durchaus weitere Wachstumsimpulse setzen würde. Doch sind nicht alle Neuerungen, die sich am Markt halten könnten, auch politisch erwünscht. Inwieweit der Staat hier stellvertretend für den Bürger Kriterien festsetzen und Entscheidungen treffen kann und soll, ist freilich eine andere Frage.

Entwarnung unter Vorbehalt

Die in den vorangegangenen Abschnitten entwickelten Überlegungen sollen und können weder zu einem euphorischen Wachstumsglauben noch zu einer pessimistisch getönten Endzeitstimmung Anlaß geben. Es wäre spekulativ, die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten bereits als Ausdruck einer Stagnation

zu deuten. Bei Prognosen über die künftige Wirtschaftsentwicklung haben sich die Ökonomen stets noch am schönsten blamiert.

Daß sich die Ertrags Erwartungen der Investoren nach der weltweiten Krise von 1974/75, die in ihrer Folge tiefgreifende Veränderungen im Gefüge der Weltwirtschaft nach sich gezogen und enorme Strukturprobleme aufgeworfen hat, bis jetzt noch nicht wieder stabilisiert haben, ist im nachhinein keineswegs erstaunlich. Zudem weist die aktuelle Lage eher auf einen neuerlichen konjunkturellen Einbruch hin (der im übrigen „turnusgemäß“ nach der Regel vier- bis fünfjähriger Zyklusdauer eingetreten ist) als auf eine Verschärfung des Wachstumsproblems. Gewiß ist das Investieren risikoreicher geworden; ein wachsender Kapitalaufwand, der die Amortisationszeit und damit die Unsicherheit des Kapitalrückflusses erhöht und die Investoren zu vorsichtiger Kalkulation zwingt, mag dazu beitragen²⁴. Ebenso gewiß ist, daß die westdeutsche Wirtschaft die Wachstumsraten der Akkumulationsphase der 50er Jahre nicht wieder erreichen können. Aber solche Perioden stürmischen Wachstums (wie im übrigen auch Phasen ausgesprochener Vollbeschäftigung) sind in kapitalistischen Volkswirtschaften immer (historisch bedingte) Ausnahmen, nicht die Regel gewesen. Man muß die Rückkehr zu „normalen“ Wachstumsraten nicht Stagnation nennen.

Die Rolle des Geldzinses

Bei alledem ist aber die tragende Rolle des Geldzinses zu berücksichtigen, der – folgt man der Keynes'schen Theorie – den Bezugspunkt für unternehmerische Ertrags Erwartungen setzt. Eine unter dem Zins liegende „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“ behindert die Investition nicht nur von der Kostenseite, sondern auch weil sich nun eine mittelfristige Geldanlage auf dem Kapitalmarkt als ertragreichere und sicherere Verwertungsstrategie darbietet. Bekanntlich haben sich einige Großunternehmen in der jüngsten Vergangenheit verstärkt auf das Halten staatlicher Wertpapiere eingerichtet.

Das in der Bundesrepublik in den letzten Jahren gestiegene Zinsniveau hat viele Ursachen, nicht zuletzt außenwirtschaftliche. In struktureller Hinsicht behindert es die notwendige Substitution des verteuerten importierten Rohöls durch vermehrten Kapitaleinsatz und perpetuiert damit die Zahlungsbilanzprobleme, zu de-

²⁴ K. G. Z i n n (Veränderungen des Investitionsverhaltens in der Stagnation. Beitrag zum 6. Wuppertaler Wirtschaftswissenschaftlichen Kolloquium am 23.-25. 10. 1981) hat kürzlich darauf hingewiesen, daß dies auch für Rationalisierungsinvestitionen gilt (das Produktivitätswachstum der 70er Jahre ist geringer als das der 60er Jahre), was die These einer Gefahr zunehmender Arbeitsplatzvernichtung durch technischen Fortschritt relativiert.

ren Abmilderung dann wieder ein hoher Zins gefordert und von der Geldpolitik auch realisiert wird – ein *Circulus vitiosus*.

Nun sind hohe Zinsen in keynesianischer Sicht nicht nur geldpolitisch bedingt, sondern zugleich Ausdruck einer allgemeinen Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung, auf die die empfindlichen Finanzmärkte direkt mit einer verstärkten Liquiditätspräferenz reagieren. Anzumerken ist, daß auch das Ausmaß der Staatsverschuldung dazu beiträgt: Zinssteigernd wirkt nicht ihre absolute Höhe, sondern die *Erwartung* jeder weiteren Erhöhung, die die Anleger aus Angst vor Kapital-, d. h. Kursverlusten, zu einer Zurückhaltung bewegt. Es scheint, als habe sich der Staat mit seiner Haushaltspolitik²⁵ in ein Dilemma manövriert, da schon der Ankündigungseffekt neuer Defizite (gerade in einer Zeit, wo sie konjunkturpolitisch geboten sein mögen) den Zins antreibt, dessen retardierende Effekte einer finanzpolitischen Ankurbelung entgegenwirken. Die Strategie einer Selbstfinanzierung wirtschaftspolitischer Beschäftigungsprogramme durch die im Zuge der Expansion wieder stärker sprudelnden Steuereinnahmen bleibt so eine Rechnung auf dem Papier²⁶. Aus konjunktur- wie aus wachstumspolitischer Sicht besteht die Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik heute sicherlich darin, von den hohen Zinsen herunterzukommen.

Im Mittelpunkt einer geldwirtschaftlich orientierten keynesianischen Stagnationstheorie müßte ohne Zweifel der Zinssatz stehen, dessen wachstumshemmende Wirkung Keynes immer wieder betont hat. Das Verlangen, Geld als sicheres Aktivum gegen die Unsicherheiten der „realen Welt“ (Davidson) zu halten, ist der Kern einer Liquiditätspräferenztheorie des Zinses, die wohl Keynes' bedeutendsten Beitrag zur Theoriegeschichte darstellt. „Daß die Welt nach verschiedenen Jahrtausenden beständigen Sparens der Einzelnen so arm an angehäuften Kapitalwerten ist, ist nach meiner Ansicht weder durch die unvorsorglichen Neigungen der Menschheit, sogar nicht einmal durch die Zerstörungen von Kriegen, sondern durch die hohen Liquiditätsprämien zu erklären, die (. . .) an dem Besitz von Geld hängen.“²⁷

²⁵ Diese vermittelt zuweilen den Eindruck, als stelle die zu bekämpfende Arbeitslosigkeit eine bequeme Legitimation eines Defizits dar, das vielmehr Ergebnis der Eigengesetzlichkeiten des Wachstums staatlicher Bürokratie und ihrer spezifischen Verarbeitungsweise gesellschaftlicher Probleme ist.

²⁶ Damit wird hier keine Crowding-out-These in dem Sinne vertreten, daß es in der Wirtschaft an Geld oder gar – eine heute noch anzutreffende vorkeynesianische Konfusion – an Ersparnis fehlen würde, um zusätzliche Staatsausgaben zu finanzieren. Es ist vielmehr eine liquiditätstheoretisch zu erklärende Kapitalzurückhaltung der Anleger, die den Zinseffekt bewirkt. (Vgl. P. D a v i d s o n : Money and the Real World, 2. Aufl., London, Basingstoke 1978, S. 164 ff., 402 ff.)

²⁷ J. M. K e y n e s , a.a.O., S. 202.